

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Genießen Sie Ihre Amtseinführung](#)
2. [Fake News](#)
3. [Michail Gorbatschow: "Die deutsche Presse ist die böseste überhaupt"](#)
4. [Die Wirtschaftselite rätselt über die Ängste der Mittelschicht](#)
5. [Arbeitsmarkt-Klischees: Gegen den Popanz der "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft"](#)
6. [Die Parallelgesellschaft der Reichen](#)
7. [Deutschland verdient 1,2 Milliarden Euro durch Negativzinsen](#)
8. [Gesetz gegen Ärztemangel läuft ins Leere](#)
9. [Gewinne für sich, Verluste für alle](#)
10. [Zündstoff im Bundestag: 4.000 US-Soldaten sind keine Bedrohung](#)
11. [Iceland knows how to stop teen substance abuse but the rest of the world isn't listening](#)
12. [Flüchtlingsdeal mit Libyen: Brutale Milizen als Partner Europas?](#)
13. [Studie kritisiert Bundeswehr-Werbekampagnen](#)
14. [AfD](#)
15. [Ausgaben für Bildung von Flüchtlingen lohnen sich](#)
16. [Die Nebenjobs von ARD & ZDF-Sportmoderatoren](#)
17. [Der Philosoph und der Stammtisch](#)
18. [Zu guter Letzt: Das verrückte Behördenlabyrinth](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Genießen Sie Ihre Amtseinführung**

Das Verhältnis zwischen dem nächsten Präsidenten und den meisten Medien der USA könnte schlechter nicht sein. Der Chefredakteur des renommierten Magazins "Columbia Journalism Review" schreibt nun eine Kampfansage.

"Genießen Sie Ihre Amtseinführung - Ihre Presse", so schließt Kyle Pope, Chefredakteur der "Columbia Journalism Review", einen am Mittwoch veröffentlichten offenen Brief an Donald Trump. Was scheinbar freundlich klingt, ist eine Drohung. Die

Botschaft des Briefes: Nach der Amtseinführung werden Sie keinen Spaß mit uns haben. Wir werden nicht klein begeben. Wir werden kämpfen. Wir werden Ihnen ganz genau auf die Finger schauen.

Pope schreibt den Brief "im Namen der US-Presse". Die Beziehung zwischen großen Teilen der Medien und Donald Trump ist bekanntermaßen schwierig, um es milde zu formulieren. Zuletzt hatte er die Hauptstadtkorrespondenten mit seinem Plan verärgert, das White House Press Corps vor die Tür zu setzen.

Quelle: [Spiegel Online](#)

Anmerkung J.K.: *Man kann von Trump halten was man will, man sollte aber nicht vergessen, dass Trump in einer freien und demokratischen Abstimmung zum Präsidenten gewählt wurde. Chefredakteur Pope scheint das relativ wenig zu interessieren. Ist das nackter Größenwahn, wenn Pope behauptet, die US-"Qualitätsmedien" befänden sich im Besitz der "objektive(n) Wahrheit" und seien die wahren Verteidiger der Demokratie? Bei Trump fällt den amerikanischen "Qualitätsmedien" plötzlich ihre Aufgabe in einer Demokratie wieder ein – das kritische Begleiten des Regierungshandelns. Wäre man mit Clinton genauso umgegangen, nachdem die gesamte US-Presse eine Pro-Clinton-Kampagne ohne gleichen veranstaltet hat? Wo blieb da die kritische Berichterstattung und hat man fair über Bernie Sanders berichtet? Dieser Größenwahn grassiert allerdings genauso unter den deutschen "Qualitätsjournalisten". Diese sehen sich klar in der Rolle derjenigen, die bestimmen wer der nächste Bundeskanzler bzw. die nächste Bundeskanzlerin wird.*

passend dazu: „Ein Amtsenthebungsverfahren ist möglich“

"Schon vor Trumps Amtsantritt spekulieren einige Demokraten im US-Kongress über ein Amtsenthebungsverfahren. Unter welchen Voraussetzungen wäre ein solches Impeachment möglich?

Ein Amtsenthebungsverfahren ist möglich, wenn sich der Präsident folgender Vergehen schuldig macht: des Landesverrats, der Bestechung oder anderer schwerer Verbrechen und Vergehen im Amt. Ein Amtsenthebungsverfahren aus politischen Gründen ist nicht möglich. Ein solches Verfahren wird mit einer einfachen Mehrheit im Repräsentantenhaus eingeleitet und das eigentliche Amtsenthebungsverfahren wird dann vom Senat durchgeführt. In einem solchen Verfahren gegen den Präsidenten würde der oberste Richter den Vorsitz führen. Für einen Schuldspruch ist eine Zwei-Drittel Mehrheit des Senats notwendig. Das Verfahren ist zweistufig: In einem ersten Schritt wird über die Schuldfrage abgestimmt und anschließend darüber, ob der Präsident aufgrund der Vergehen sein Amt räumen muss. Bislang wurde lediglich gegen zwei Präsidenten ein solches Amtsenthebungsverfahren angestrengt

und in beiden Fällen kam es zu keiner Amtsenthebung: 1868 gegen Andrew Johnson und 1999 gegen Bill Clinton. Gegen Richard Nixon wurde wegen der Watergate-Affäre 1974 ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet, aber er kam der Anklageerhebung durch Rücktritt zuvor.”

Quelle: [IPG Journal](#)

Anmerkung unseres Lesers B.E.: Unglaublich. Das Organ der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung lotet schon vor der Amtsübergabe akribisch aus, unter welchen Voraussetzungen der designierte amerikanische Präsident Trump gestürzt werden kann und gibt gute Ratschläge dazu. Ist es reine Überheblichkeit oder ist es schon Größenwahn, wenn ein deutscher Thinktank sich ernsthaft mit der Frage beschäftigt, wie man den angeblich mächtigsten Politiker der Welt (bis jetzt war das jedenfalls immer so) seines Amtes enthebt? Vielleicht sollten die Herrschaften wieder einmal kleinere Brötchen backen und beispielsweise daran arbeiten, wie der Zusammenhalt der EU gewährleistet oder auch bloß das soziale Gleichgewicht in Deutschland wieder hergestellt werden kann.

2. Fake News

a. Fake News sind ein Symptom des digitalen Kapitalismus

Das Gerede der Eliten von Fake News ist selbst fake. Verblendete Politiker sehen nicht, was die Krise der westlichen Demokratie mit dem Silicon Valley zu tun hat. Die Demokratie ertrinkt in Fake News. Das ist der beruhigende Schluss all jener, die im vergangenen Jahr auf der Verliererseite waren, ob beim Brexit, bei den amerikanischen Wahlen oder beim Referendum in Italien. Offenbar verlieren alle diese aufrichtigen und altmodisch-rationalen Erwachsenen Wahlen nur wegen einer Epidemie von gefälschten Nachrichten, Internet-Memen und lustigen Youtube-Videos.

Für diese Leute ist das Problem nicht, dass die Titanic des demokratischen Kapitalismus in gefährliche Gewässer segelt; über ihr mögliches Sinken darf in der besseren Gesellschaft ohnehin nie gesprochen werden. Das Problem sind die vielen Berichte über riesige Eisberge am Horizont.

Daher die Schwemme an verfehlten Vorschlägen zur Lösung des Problems:

Internet-Meme verbieten (eine Idee der spanischen Regierungspartei);

Expertenkommissionen bilden, die über den Wahrheitsgehalt von Nachrichten urteilen (ein Vorschlag von Italiens oberstem Kartellwächter); Zentren zur

Bekämpfung von Fake News einrichten und Twitter und Facebook bestrafen, wenn sie diese verbreiten (eine Idee von deutschen Behörden).

Dieser letzte Vorschlag ist ein wunderbarer Anreiz für Facebook – das kürzlich

ein Foto der nackten Neptun-Statue in Bologna zensiert hat -, freie Meinungsäußerung zu fördern. Ein Tipp für autoritäre Regime: Wenn ihr mit Online-Zensur durchkommen wollt, klassifiziert einfach alle Artikel, die euch nicht gefallen, als Fake News. Niemand im Westen wird sich je darüber beschweren.

Quelle: [Evgeny Morozov in der Süddeutschen Zeitung](#)

b. Woher die meisten „Fake News“ kommen

Nun ist auch Kanzlerin Merkel „alarmiert“ wegen der mutmaßlichen Welle von „Fake news“. Doch ihre Sorgen gehen in die falsche Richtung. Die meisten Enten und Gerüchte kommen nämlich nicht aus Russland.

Das hat eine Auswertung des auf Quatsch-News spezialisierten Portals „BuzzFeed“ ergeben. Die selbsternannten Experten fanden zwar heraus, dass viele Gerüchte und Falschmeldungen über Merkel im Umlauf sind.

Doch sie kommen nicht etwa aus Russland, noch weniger von den russischen Geheimdiensten oder gar von Präsident Putin, wie neuerdings immer wieder behauptet wird – sogar von deutschen Politikern.

Die wildesten Stories kommen vielmehr aus den USA und UK. Die Huffington Post, Breitbart und vor allem britische Tabloids wie Daily Express und Daily Mail verbreiten die schlimmsten Gerüchte.

Quelle: [Lost in Europe](#)

Anmerkung Jens Berger: Wer sich einmal einen Eindruck von den Fake-News á la Breitbart machen will, kann sich folgenden faktenfreien Artikel über die Neujahrsnacht in Dortmund [anschauen](#). Bis vor kurzem wurde Breitbart übrigens von Steve Bannon geleitet. Seit heute ist Bannon Chefstrategie und oberster Berater im Weißen Haus – da sage niemand, Trumps Personal bringe nicht die nötige Qualifikation mit.

c. Viel Lärm um Fake News

Erst wurde an der Recherche gespart, dann der Klick zum Maß der Dinge erklärt. Jetzt wird recherchiert, was keiner Veröffentlichung wert ist.

Der Branche wird oft Rudelverhalten vorgeworfen. In diesem Fall stimmt der Vorwurf. Nicht nur, dass plötzlich alles mit dem Schlagwort Fake-News versehen und als Neuerfindung verkauft wird, was früher Propaganda hieß und altbekannt ist. Medien, die etwas auf sich halten, überbieten sich darin, alle Kräfte gegen Fake News zu mobilisieren. Sie schließen Kooperationen und gründen ganze Abteilungen, die letztlich nichts anderes tun, als das, was ureigenste Aufgabe von Journalismus ist oder jedenfalls sein sollte: wie und warum auch immer lancierte

Behauptungen auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen.

Da darf die ARD nicht fehlen. Sie befürchtet sonst, „die Glaubwürdigkeit unserer eigenen Berichterstattung“ zu gefährden. So steht es in dem mir vorliegenden Papier. Darin geht es um Überlegungen, bei ARD-aktuell in Hamburg, wo „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ produziert werden, eine sogenannte „Anti-Fake-News-Einheit“ aufzubauen, zentral und über alle Ausspielwege. Das vorläufige Konzept listet auf, was es dafür nach einer ersten Einschätzung braucht: [...]

Das alles ist sicherlich gut gemeint, und es steht Medien gut an, die Initiative selbst zu ergreifen, bevor sich die Politik einmisch. Aber ist es auch gut, die Rechercheergebnisse zu solchen Fake-News auf einer zentralen Webseite zu veröffentlichen?

Und wäre damit das Übel beseitigt, dass manche Online-Redaktionen jede Menge Quatsch veröffentlichen, selbst dann, wenn in derselben Meldung steht, dass es sich dabei womöglich um Quatsch handelt?

Ich habe mal gelernt, dass Nachrichten nicht ungeprüft und Nachrichten, die sich als unwahr herausstellen, gar nicht veröffentlicht werden. Wie weit ist der Irrsinn gediehen, dass dafür nun sogar eigens Plattformen geschaffen werden? Es drängt sich in meinen Augen zudem der Eindruck auf, in ihre Veröffentlichung würde bald mehr Mühe gesteckt als in die Recherche echter, gehaltvoller Fakten. Und ist es nicht so, dass in sozialen Medien kursierender Quatsch erst dadurch relevant wird, dass klassische Medien diesen Quatsch aufgreifen? Diese bekannte Erkenntnis wiederholte Kai Gniffke zu Recht in diesen Tagen beim Deutschen Medienkongress in Frankfurt.

Quelle: [RND](#)

3. **Michail Gorbatschow: “Die deutsche Presse ist die böseste überhaupt”**

Nach Ansicht von Michail Gorbatschow verhindert vor allem die deutsche Presse einen gerechten Umgang mit Russland und seiner Politik. 20 Jahre nach dem Mauerfall müsse in Europa jedoch alles getan werden, um Russland zu verstehen, sagte der ehemalige Präsident der Sowjetunion.

Quelle: [Deutschlandfunk](#)

4. **Die Wirtschaftselite rätselt über die Ängste der Mittelschicht**

Die Krise der Mittelschicht ist eines der beherrschenden Themen beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos. Manager, Politiker und Ökonomen versuchen zu ergründen, warum die Ängste ausgerechnet in jener Schicht, die so sehr von der Globalisierung profitiert hat, derart groß sind. Sie versuchen zu verstehen, warum sich derzeit so viele Menschen in den westlichen Ländern den Populisten zuwenden. Die Debatte ist gekennzeichnet von großer Ratlosigkeit, denn es gibt, das räumt auch

Lagarde ein, "keine silberne Kugel", mit der sich das Problem schnell lösen lässt. Ja, schlimmer noch: Lagarde treibt die Sorge um, dass es den Parteien in Deutschland, Frankreich oder den Niederlanden nicht gelingen wird, bis zu den Wahlen in wenigen Monaten jene Menschen zu erreichen, deren Vertrauen sie verloren haben. Ein Problem, das auch der italienische Ökonom Pier Carlo Padoan sieht, der als Finanzminister der alten und nun auch der neuen Regierung in Rom angehört: "Es gibt in Europa praktisch kein Land, in dem nicht eine hohe Unzufriedenheit zu finden ist." Viele Menschen in der Mittelschicht seien "desillusioniert über die Zukunft, über die Jobperspektiven für ihre Kinder und die Sicherheit". Das sei bitter, denn eigentlich habe Europas Integration ja mal als die richtige Antwort auf den entfesselten Kapitalismus gegolten.

Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#)

***Anmerkung unseres Lesers P. W.:** Immer diese Krokodilstränen! Wie kann die achso verwöhnte Mittelschicht nur wagen das Vertrauen in die Politik zu verlieren? Vielleicht weil die Mittelschicht in praktisch der gesamten "westlichen" Welt zunehmend unter Druck steht, vor allem seit 2008? Gerade in Deutschland ist die Angst vor dem sozialen Abstieg natürlich auch immer mit der Angst vor dem repressiven Hartz-System verbunden. Diese Erkenntnis kann doch eigentlich niemanden überraschen, aber stattdessen wird die große Ahnungslosigkeit vorgespielt und die Politik wäscht ihre Hände in Unschuld, da sie ja angeblich für jeden kämpft.*

5. **Arbeitsmarkt-Klischees: Gegen den Popanz der "Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**

Im vergangenen Dezember hat die Arbeitgeber-Lobby-Organisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) auf ihrer Webseite eine Zusammenstellung mit dem Titel „Zehn Klischees über den deutschen Arbeitsmarkt – und ihre Widerlegung“ veröffentlicht. Überzeugen können ihre Argumente nicht.

Quelle: annotazioni.de

6. **Die Parallelgesellschaft der Reichen**

George W. Bush studierte an der Yale University, ebenso wie zuvor schon sein Vater. Er schloss mit einem Master of Business Administration ab, ein Intellektueller war er eher nicht. Bill Clinton begann sein Studium immerhin im Georgetown University, nach einer Zeit an der Oxford University machte er seinen Abschluss eines Juris Doctor ebenfalls an der Yale University. Hillary Clinton studierte zunächst am Wellesley College Politikwissenschaft, um dann – große Überraschung – Rechtswissenschaft an der Yale University studierte, wo sie Bill kennelernte und wo sie ebenfalls den Abschluss als Juris Doctor macht.

Barack Obama begann sein Studium am Occidental College in Los Angeles, wechselte dann zur Columbia University, einer Ivy League-Uni, um dann Rechtswissenschaft an der Harvard University zu studieren, wo er Michelle kennenlernte. Beide schlossen ihr Studium mit einem Juris Doctor ab. In der Reihe fehlt noch Donald Trump, der Wirtschaftswissenschaften an der Wharton School of Business der University of Pennsylvania, die ebenfalls zur Ivy League gehört. Er schloss allerdings nur mit einem Bachelor ab. Als Intellektueller hat sich Trump nicht hervorgetan, er hat eher Aversionen gegen die übrige Schicht der Akademiker aus den Elite-Universitäten, obgleich er selbst auch dazu gehört.

Quelle: [Telepolis](#)

7. **Deutschland verdient 1,2 Milliarden Euro durch Negativzinsen**

Wer Deutschland zehn Jahre Geld leiht, zahlt drauf. Denn Bundesanleihen werden inzwischen negativ verzinst. Für den deutschen Staat erweist sich das als Milliardengeschäft. [...]

“Im Jahr 2016 ergab sich für das Schuldenwesen des Bundes und seine Sondervermögen eine Entlastung aus negativen Zinsen in Höhe von knapp 1,2 Milliarden Euro”, sagte ein Ministeriumssprecher der Zeitung. Demnach errechnete sich der Gewinn vor allem, weil Banken bei Anleihekäufen bereit waren, erhöhte Aufschläge zu bezahlen.

Doch dem Finanzministerium zufolge müssen den Mehreinahmen neuer Anleihen die in den folgenden Jahren entstehenden Zinsausgaben gegenübergestellt werden, die der Bund den Anleihekäufern bezahlen muss. “In der Summe aller Jahre bis einschließlich 2046, in denen die im Jahr 2016 abgeschlossenen Transaktionen mit negativer Rendite Zahlungen nach sich ziehen, ergibt sich eine saldierte Entlastung von rund 66 Millionen Euro”, sagte der Ministeriumssprecher.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

8. **Gesetz gegen Ärztemangel läuft ins Leere**

Christoph Lanzendörfer ist Hausarzt in Bassum bei Bremen. Hier fehlen niedergelassene Ärzte. Er selbst bekommt das zu spüren, indem er immer mehr Patienten versorgen muss. Etwa 100 am Tag. Er macht sich vor allem Sorgen um die Zukunft, denn im Nachbarort ist die Hälfte der Ärzte über 63 Jahre alt. “Wenn die sagen würden, wir gehen heute in Rente, wird es für sie keine Nachfolge geben”, sagt Lanzendörfer. “Da droht Unterversorgung.”

In solchen Gebieten sollte ein Gesetz von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe Abhilfe schaffen. Danach sollten Kassenzulassungen in überversorgten Gebieten (ab einem Versorgungsgrad von 110 Prozent) abgebaut werden. Darüber hinaus sollten zusätzliche Anreize dafür sorgen, dass sich mehr Ärzte in ländlichen Gebieten niederlassen.

Der Abbau der Praxen sollte durchaus milde vonstattengehen. Der Entwurf sah vor: Nur wenn Ärzte ihre Zulassung abgeben wollen, beispielsweise wenn sie in den Ruhestand gehen, und wenn zudem festgestellt wird, dass der Kassensitz entbehrlich ist, solle ein Sitz in einem üerversorgten Gebiet wegfallen. Der Arzt sollte zudem eine Entschädigung von seiner Kassenärztlichen Vereinigung erhalten. Finanziert größtenteils aus den Beiträgen der gesetzlich Versicherten.

Quelle: [Tagesschau](#)

9. **Gewinne für sich, Verluste für alle**

Die Energieriesen werden von den Kosten für Atomendlager weitgehend befreit – eine politische Fehlentscheidung.

Lange Zeit konnten die vier Energieriesen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall, die „Big-4“, in der Stromversorgung auf ein unterreguliertes System und ihre unerträgliche Marktmacht gegenüber den Stromnachfragern bauen. Dies auch deshalb, weil selbst die Politik vor den Unternehmen kuschte und die staatlichen Preis- und Kostenkontrollen der als „natürlich“ eingestuften Gebietsmonopolisten allenfalls suboptimal waren. Bis Ende des zurückliegenden Jahrzehnts liefen so – trotz der Strommarkliberalisierung ab 1998 – die Geschäfte blendend. Nicht zuletzt wegen des Atomstroms, dessen wahre Kosten immer höher waren, als behauptet wurde. Dann forcierte wegen des Klimawandels die Politik erneuerbare Energien und in Japan kam es zum Atom-Gau, der in Deutschland endgültig den Atomausstieg bis 2022 besiegelte. Aus dieser neu entstandenen Gemengelage musste dann die Frage nach der Entsorgung und den Kosten des Atommülls beantwortet werden. So bescherte uns kurz vor Weihnachten die schwarz-rote Bundesregierung, mit Zustimmung der Grünen, ein unglaubliches Gesetz. Es wird den Steuerzahler Milliarden Euro kosten – und der Bundesrechnungshof schläft bei der Finanzierung des Endlagers. Es war allen Beteiligten in Politik und Wirtschaft klar, dass der ewig strahlende Atommüll irgendwann endgelagert werden muss. Und es war auch klar, dass die „Big-4“ dafür in ihren Bilanzen Vorsorge treffen müssen. Dies haben sie auch mit gewinnreduzierenden Aufwandsrückstellungen getan und damit dem Staat jährlich weniger Gewinnsteuern überwiesen.

Quelle: [Heinz-Josef Bontrup](#)

10. **Zündstoff im Bundestag: 4.000 US-Soldaten sind keine Bedrohung**

Die Partei Die Linke hat zu einer aktuellen Stunde im Bundestag zu den US-Truppenverlegungen nach Osteuropa gebeten. Die Diskussion bot reichlich Zündstoff. Desinformation und neuer Kalter Krieg – die Abgeordneten waren nicht zimperlich mit Schuldzuweisungen.

Im RT Deutsch-Interview stehen Dr. Alexander Neu (Die Linke) und der ehemalige Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) Rede und Antwort.

Quelle: [RT Deutsch](#)

Anmerkung Alexander Neu via Facebook: *US-Truppenaufmarsch. Zur gestrigen Debatte im Bundestag auf Initiative der LINKEN. Interessant auch Trittins Aussage, demnach keine russische Bedrohung bestehe, die Truppenverlegung aber richtig sei, um die NATO zusammenzuhalten.*

Also mit anderen Worten: Die NATO braucht Russland als Feindbild händeringend, um überleben zu können. Diese Aussage schliesst an die Debatten Anfang/Mitte der 1990er Jahre an. Seinerzeit sah sich die NATO als Siegerin des Kalten Krieges in einer Legitimations- und Existenzkrise.

Zum Glück kam da der serb. "Despot" Milosevic, der es wagte, den Staat Jugoslawien zusammenhalten zu wollen. Mit dem 77tägigen NATO-Bombenterror geg Jugoslawien zu Gunsten der UCK-Verbrecher hatte die NATO wieder eine Sinnstiftung.

11. **Iceland knows how to stop teen substance abuse but the rest of the world isn't listening**

In Iceland, teenage smoking, drinking and drug use have been radically cut in the past 20 years. Emma Young finds out how they did it, and why other countries won't follow suit.

Quelle: [mosaic](#)

Anmerkung unseres Lesers T.S.: *Auf den ersten Blick gibt es keine direkte Verbindung zu den Hauptthemen der Nachdenkseiten. Schaut man sich jedoch die Erkenntnisse genauer an, so lässt sich vieles auf den Verfall sozialer und familiärer Strukturen und den Rückzug staatlicher Förderung zurückführen. Mehr noch, langfristige staatlich unterstützte Programme zur aktiven Freizeitgestaltung stellen einen funktionierenden Ansatz dar. Dort, wo nur kurzfristige und nicht dauerhafte Finanzierung erfolgt, bleiben nachhaltige Erfolge aus. Schlimmer noch: Island konnte sich den Austeritätsforderungen der internationalen Kreditgeber weitgehend entziehen. Schaut man nach Griechenland, so lässt das schlimmes für die kommenden Generationen fürchten, und das nicht nur, weil es keine Arbeit gibt. Dabei machen sich die Investitionen in das isländische Jugendprogramm doppelt bezahlt: Die medizinischen Folgekosten durch Drogenkonsum sinken, und die sportliche Komponente dürfte auch zu niedrigeren Gesundheitskosten führen. Also ein rundum sinnvoller Ansatz, der auch ohne die in Island umgesetzte nächtliche Ausgangssperre für Kinder funktionieren dürfte.*

12. **Flüchtlingsdeal mit Libyen: Brutale Milizen als Partner Europas?**

Bürgerkrieg im Süden des Landes, Säuberungsaktionen im Inneren gegen Oppositionelle, Menschenrechtsverletzungen und Foltervorwürfe. Die Bilanz der Regierung Erdogan ist verheerend. Und trotzdem exportiert Deutschland ungebremst Waffen in dieses Land. Der Umfang der genehmigten Exporte ist in den letzten Jahren sogar wieder angestiegen. MONITOR-Recherchen zeigen, dass die Bundesregierung sogar nach dem Putsch im Juli weitere Exporte genehmigte. Hilft Deutschland damit Erdogan im Kampf gegen seine vermeintlichen Feinde?

Quelle: [WDR Monitor](#)

13. **Studie kritisiert Bundeswehr-Werbekampagnen**

Eine Analyse aktueller Bundeswehr-Werbekampagnen der „Informationsstelle Militarisierung“ in Zusammenarbeit mit der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ zeigt, wie skrupellos das Verteidigungsministerium bei seiner Nachwuchswerbung und Öffentlichkeitsarbeit vorgeht. Es wird getrickst, getäuscht und gelogen.

„Es bedarf dringend einer politischen Debatte über die Außendarstellung der Bundeswehr“, zu diesem Fazit kommt der Politikwissenschaftler Michael Schulze von Glaßer in einer gerade veröffentlichten Studie über die aktuellen Werbekampagnen der Bundeswehr. Seit November 2015 ist die Armee mit ihrer Kampagne unter dem Motto „Mach, was wirklich zählt“ im öffentlichen Raum präsent: „Es wird ein Bild von der Bundeswehr präsentiert, das nicht der Realität entspricht“, heißt es in der bei der „Informationsstelle Militarisierung“ (IMI) in Tübingen veröffentlichten Studie. Darin sind die verschiedenen Teile der „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne der Armee sowie die Bundeswehr-YouTube-Serie „Die Rekruten“ detailliert beschrieben – und werden analysiert. „In der Werbung wird das Soldatin- und Soldat-sein sehr unpolitisch, dafür aber der persönlichen Entwicklung dienlich dargestellt“, kritisiert Michael Schulze von Glaßer. Heikle Themen wie Auslandseinsätze, Tod und Verwundung würden kaum oder nur oberflächlich angesprochen. Teilweise werde gar versucht, den militärischen Charakter der Bundeswehr herunterzuspielen. Während der letzten Olympischen Spiele warb die Bundeswehr beispielsweise mit ihren Sportsoldatinnen und -soldaten und dem Spruch „Ausbilder von Vorbildern“ für den Dienst an der Waffe: „Die Bundeswehr ist aber kein Sportverein“, so Schulze von Glaßer: „Die Bundeswehr versucht junge Leute mit Versprechungen zu sich zu locken, die sie dann nicht halten kann“, fasst der Politikwissenschaftler zusammen.

Ralf Buchterkirchen, Bundessprecher der „Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen“ (DFG-VK) fordert nun Konsequenzen: „Die Täuschungs-Kampagnen der Bundeswehr müssen sofort eingestellt werden“, so der Friedensaktivist. Die Organisation hat die Herausgabe der Studie unterstützt: „Es

muss Aufklärung darüber geleistet werden, wie die Armee versucht, auf junge Leute und auch die öffentliche Meinungsbildung in Fragen der Sicherheitspolitik Einfluss zu nehmen“, erklärt Buchterkirchen dazu. Dem pflichtet Jürgen Wagner, Geschäftsführer der „Informationsstelle Militarisierung“ bei: „Wir beobachten seit Jahren einen steigenden Werbeetat bei der Bundeswehr.“ Die Organisation kündigte an, die Armee-PR auch in Zukunft kritisch im Blick zu haben.

Quelle 1: PM Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)

Quelle 2: [Bundeswehr: Der neue Werbefeldzug - Analyse der „Mach, was wirklich zählt“-Kampagne und der YouTube-Doku-Serie „Die Rekruten“ - IMI](#)

14. AfD

a. Das Jahr der Nationalisten

Die Alternative für Deutschland (AfD) kündigt für den morgigen Samstag in Koblenz ihre erste internationale Großveranstaltung an. Ziel ist eine engere Vernetzung mit führenden Parteien der extremen Rechten in anderen EU-Staaten. Wie die Partei mitteilt, sollen auf dem Treffen, zu dem rund 1.000 Teilnehmer erwartet werden, unter anderem die Vorsitzende des französischen Front National (FN), Marine Le Pen, sowie der niederländische Rassist Geert Wilders sprechen. Stärkung erhoffen sich die involvierten Parteien nicht nur durch den Ausbau ihrer Kooperation, sondern auch durch den Wahlsieg des am heutigen Freitag in sein Amt eingeführten US-Präsidenten Donald Trump. Zu dessen unmittelbarem Umfeld haben mehrere der in Koblenz vertretenen Parteien erste Beziehungen aufgebaut. Einige der AfD-Partnerorganisationen sehen sich in direkter Kontinuität zur NS-Kollaboration; die Mehrzahl von ihnen kommt aus Ländern, die ökonomisch überaus stark auf Deutschland hin gravitieren. Eine Ausnahme bildet der FN. Einigkeit besteht jedoch im Ziel, antidemokratisch-rassistischer Politik in Europa auf breiter Front zum Durchbruch zu verhelfen.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

b. Björn Höcke in Dresden - Schauen Sie diese Rede

Wer meint, die AfD sei wählbar, weil sie die Flüchtlingspolitik der Regierung kritisiert, muss den Auftritt Björn Höckes in Dresden sehen. Danach kann keiner mehr sagen, er habe nicht gewusst, was Höcke mit der AfD vorhat.

Sagen Sie nicht, man hätte es nicht wissen können. Denn Sie hätten. Die vielleicht größte und zugleich dunkelste Eigenschaft des Internet ist die ständige Archivierung des Jetzt. Groß ist sie, weil die Milliarden Sensoren, Kameras, Mikrofone immer näher an die Allaufzeichnung herankommen. Und darin ist auch die dunkle Eigenschaft begründet, denn das ständige Archiv wird uns

irgendwann mit dem konfrontieren, was wir hätten ahnen können und sehen sollen. Was Sie – genau Sie – hätten wissen können.

Weil es da war, die ganze Zeit, aufgezeichnet, zugänglich, analysierbar. In wenigen Tagen wird der erste Twitterpräsident der Vereinigten Staaten von Amerika vereidigt. Wahrscheinlich. Und natürlich wird es schlimm, die Frage ist nur, wie schlimm. Und vor allem für wen. Der von Rach- wie Geltungssucht getriebene, sich permanent geringgeschätzt führende Trump ist durch seinen Narzissmus der am leichtesten zu manipulierende US-Präsident aller Zeiten. Und natürlich wird er manipuliert, schon jetzt und stärker noch in der Zukunft. Unter anderem von den reaktionären, antigesellschaftlichen Kräften, die er um sich geschart hat. Von Leuten, die verstanden haben, dass er für fahle Anerkennung – the best, the greatest, tremendous – jedes andere Interesse verkaufen wird. Das hätten Sie wissen können, weil es in den Tweets und Interviews von Trump ganz offen daliegt.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

c. **Nationale Erzählungen und Parteienwettbewerb: Profillosigkeit, Heimatverlust, Verschwörungsvorwürfe**

Die Diskussionen über den Zustand der Parteiendemokratie in Deutschland sind schon seit längerem in mehrfacher Hinsicht widersprüchlich, daran hat auch der Aufstieg der AfD wenig geändert. Einerseits wird die Profillosigkeit der etablierten Parteien beklagt. Andererseits werden innerparteiliche Konflikte, die zu einer Profilbildung beitragen könnten, als Nachteil im politischen Wettbewerb angesehen. Zwischenparteiliche Konflikte, sofern sie sich auf politische Sachfragen beziehen, werden häufig als unnötiger Parteienstreit zurückgewiesen oder – seltener – als Inszenierungen gedeutet, die lediglich dazu dienen, Unterschiede zwischen den Parteien zu simulieren, die in deren politischem Handeln jedoch keine nennenswerte Rolle spielten.ⁱ

Und in der Tat: Durch den konsensuellen Gleichklang der politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten in zentralen Bereichen der Politik entsteht der Eindruck, die Würfel seien von vornherein gefallen. Man hat sich darauf verständigt, dass Deutschland in gesellschaftspolitischen Fragen offen, bunt und tolerant zu sein hat und dass alle bedeutenden ökonomischen Fragen der Wettbewerbsfähigkeit des Landes unterzuordnen sind. Wenn man so will, gibt es in gesellschaftspolitischen Fragen öffentlich einen linksliberalen Konsens (wenn es konkret wird, stellt sich die Frage allerdings meist neu); in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik scheint es dagegen einen rechtsliberalen Konsens zu geben (auch wenn vielfach das Gegenteil behauptet wird).

Quelle: [Le Bohemien](#)

15. **Ausgaben für Bildung von Flüchtlingen lohnen sich**

Die Einwanderung von Flüchtlingen verursacht zunächst Kosten. Mit zunehmender Integration in den Arbeitsmarkt verringern sich die Kosten und es entstehen zusätzliche Einnahmen für die öffentlichen Haushalte. Das ist das Ergebnis einer aktuellen Studie.

Investitionen in die Integration von Geflüchteten sind gut angelegtes Geld. Das ist das Ergebnis einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), die am Mittwoch vorgestellt wurde. Untersucht wurde die Wirkung von Ausgaben etwa für Sprachkurse.

„Investitionen von 3,3 Milliarden Euro in Sprachkenntnisse und Bildung der 2015 zugewanderten Flüchtlinge können die fiskalischen Kosten bis zum Jahr 2030 um elf Milliarden Euro reduzieren“, heißt es in der Erhebung.

Dank der Gelder, so die Autoren, verbessere sich nicht nur deren Integration in den hiesigen Arbeitsmarkt. Langfristig würden dadurch auch die öffentlichen Haushalte entlastet.

Quelle: [Migazin](#)

Anmerkung Christian Reimann: Die IAB-Studie können Sie [hier](#) nachlesen.

16. **Die Nebenjobs von ARD & ZDF-Sportmoderatoren**

Lange Zeit galt es als "business as usual", dass Sportreporter gewissermaßen Fans sind, die es auf die andere Seite des Zauns geschafft haben. Kritische Distanz zum Objekt der Berichterstattung wurde von ihnen kaum abverlangt. In den letzten Jahren jedoch ist angesichts zahlreicher Doping- und Korruptionsskandale deutlich geworden, wie hoch die Notwendigkeit für einen kritischen Sportjournalismus ist. Doch Sportmoderatoren öffentlich-rechtlicher Sender arbeiten nach wie vor auch direkt für Verbände und Vereine – oder bieten sich offen als Werbepartner an.

Quelle: [Zapp](#)

17. **Der Philosoph und der Stammtisch**

Herrn Nida-Rümelin der Dummheit zu beschuldigen und ihm fehlende moralische Integrität vorzuwerfen, wäre dann doch zu billig. Es geht vielmehr darum, zu verstehen, warum ein Intellektueller und Sozialdemokrat neoliberale Mythen verbreitet und eine darauf basierende Politik als alternativlos rechtfertigt.

Ein Leser, Herr Arnold Weible, hat uns in einem Schreiben über seine Erfahrungen mit seinem Stammtisch berichtet. Dieser Erfahrungsbericht belegt zunächst einmal, dass Stammtische wichtige soziale Institutionen sind, in denen nicht nur Gemeinschaft erlebt und aufrechterhalten wird, sondern auch die für eine demokratische Gesellschaft unabdingbare Diskussion über politisch relevante Themen einen Ort

finden.

Herr Weible hat uns geschrieben, weil er in dem von mir kritisierten FAZ-Beitrag (hier) des Philosophieprofessors Julian Nida-Rümelin Argumentationsmuster entdeckt hat, die denen seiner „Stammtischbrüder“ frappant ähneln. Wenn er als volkswirtschaftlicher „Amateur“ dort über gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge referiere, sehe er sich fast immer mit der folgenden Reaktion konfrontiert:

»Die Leute geben offen zu, dass sie sich mit dem Thema noch nie auseinandergesetzt haben, aber was ich sage, das wissen sie, ist falsch.«

Wie lässt sich aber erklären, so fragt sich Herr Weible, dass selbst oftmals kluge Menschen, die sogar zugeben, dass sie von einer Sache nichts verstehen, „plötzlich genau „wissen“, was an fachlichen Aussagen falsch ist und fast schon beleidigt sind, wenn deren hemdsärmelige Argumentation nicht akzeptiert wird“?

Nun mag jeder für sich selbst entscheiden, ob die Tatsache, dass Nida-Rümelin keineswegs zugibt, dass er von der Sache, von der er redet, nichts versteht, sondern – im Gegenteil – versucht, diesen Eindruck zu erwecken, zu mehr oder weniger Verwunderung Anlass gibt. Die Frage, warum Nida-Rümelin über etwas schreibt, wovon er nichts versteht, ist allerdings nur von sekundärem Interesse. Interessant sind seine Ausführungen, weil sie am Beispiel der Frage nach den ökonomischen und sozialen Folgen der Agend-Politik sehr schön zeigen, was Ideologie ist, wie sie funktioniert und warum sie so gefährlich ist.

Quelle: [Makroskop](#)

18. **Zu guter Letzt: Das verrückte Behördenlabyrinth**

Die Jagd kann beginnen! Wer ist schneller, die Behörden oder der Terrorist? Verhalte dich jahrelang so auffällig wie möglich und versuche trotzdem den Sicherheitskräften zu entkommen.

Quelle: [extra 3](#)